

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	22
-----------------------------	----

A. Einleitung

I. Allgemeines	27
II. Problematik der Wertsicherungsklauseln.....	34
III. Geschichtliche Entwicklung seit dem Ersten Weltkrieg bis zur Wiedervereinigung Deutschlands 1990.....	34
IV. Wiedervereinigung mit den Bundesländern der früheren DDR ..	39

B. Gegenwärtige Rechtslage

Insbesondere: Genehmigungsfähige und nicht-genehmigungsfähige
Klauseln im Sinne des § 3 WährG

I. Rechtspolitische Bedeutung des § 3 WährG	43
II. Gesetzliches Verbot von Wertsicherungsklauseln und gesetzliche Verpflichtung zur Wertsicherung	48
1. Gesetzliche Einschränkungen und Verbote; Unwirksamkeit von Wertsicherungsklauseln.....	48
2. Gesetzliche Verpflichtung zur Anpassung von Forderungen („gesetzliche“ Wertsicherungsklauseln)	50
III. § 3 Satz 1 WährG: Devisenschulden; ECU-Verbindlichkeiten....	52
IV. § 3 Satz 2 WährG: Wertsicherungsklauseln.....	54
V. Genehmigungspflichtige Wertsicherungsklauseln und genehmi- gungsfreie Leistungsvorbehalte	58
1. Allgemeines: Unterscheidung zwischen Wertsicherungsklau- sel und Leistungsvorbehalt	58
2. Genehmigungspraxis der Deutschen Bundesbank für Leistungsvorbehalte	63
3. Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zur Frage „Wertsich- erungsklausel“ oder „Leistungsvorbehalt“	67
VI. Einzel- und Sammelgenehmigungen.....	76
VII. Wertsicherungsklauseln in internationalen Anleihen und im Ausland	79

C. Genehmigungspraxis der Deutschen Bundesbank

Genehmigungs-Richtlinien vom 9. 6. 1978
 (und vom 12. 12. 1958 sowie vom 26. 8. 1964/9. 9. 1969)
 sowie vom 16. 6. 1987 für die Eingehung von ECU-Verbindlichkeiten

I. Allgemeine Vorbemerkungen zu den Genehmigungs-Richtlinien und zur Genehmigungspraxis der Deutschen Bundesbank	81
II. Anlaß zu den mehrfachen Änderungen der Genehmigungs-Richtlinien zwischen 1958 und 1978	82
III. Übersicht über die Neufassung und das Inkrafttreten der (neuen) Genehmigungs-Richtlinien vom 9. 6. 1978	84
IV. Gegenüberstellung der <i>bisher</i> (seit 1. 11. 1964/1. 12. 1969) gültigen und der <i>neuen</i> (seit 1. 10. 1978) gültigen Genehmigungs-Richtlinien der Deutschen Bundesbank	92
1. <i>Erweiterungen und Klarstellungen</i> hinsichtlich des Kreises der genehmigungsfähigen Klauseln in den neuen Richtlinien 1978 bei weitgehender <i>Weitergeltung</i> der bisherigen Richtlinien 1964/69	92
(A) Lebenshaltungskostenindex-Klauseln	93
(B) Lohn- und Gehaltsklauseln	95
(C) Miet- und Pachtverhältnisse (über Räume und Gebäude)	95
(D) Kostenüberwälzungsklauseln – Kostenelementeklauseln	98
(E) Bezugnahme auf den künftigen Kurs einer anderen Währung im grenzüberschreitenden Verkehr	100
2. <i>Einschränkungen</i> in den neuen (1978) gegenüber den alten (1964/69) Richtlinien hinsichtlich des <i>Kreises</i> oder des <i>Inhaltes</i> der genehmigungsfähigen Klauseln	100
(A) Geld- und Kapitalverkehr	100
(B) Einseitigkeits- und Mindestklauseln	101
(C) Klauseln mit <i>überproportionaler</i> Auswirkung	101
(D) Kostenüberwälzungsklauseln – Kostenelementeklauseln (insbesondere bei langfristigen Liefer- und Dienstverträgen)	102
(E) Miet- und Pachtverhältnisse	103
(F) Grundstückspreis-/Grundstückswert-Klauseln	104
V. Erläuterungen zu den Bundesbank-Richtlinien vom 9. 6. 1978 . .	104
1. Zahlungsverpflichtungen aus dem Geld- und Kapitalverkehr	104
2. Miet- und Pachtverträge	106
3. Nur einseitig wirksame Wertsicherungsklauseln (Mindestklauseln, Einseitigkeitsklauseln, Klauseln mit überproportionaler Auswirkung)	111

4. Feingoldpreis	115
5. Kaufkraft der Deutschen Mark (Wesentliche „Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse“; Änderung der „gesamten Wirtschaftslage“ oder des „allgemeinen Preisgefüges/Preisniveaus“)	115
6. Lebenshaltungskostenindex; sonstige Index-Bezogenheit von Klauseln, z. B. Baukostenindex (Indexreihen; Warenkorb; Umbasierung; Kaufkraftschwund)	116
(A) Lebenshaltungskostenindex-Klauseln	116
(B) Sonstige Indexklauseln (z. B. Baukostenindex-Klauseln)	136
7. Lohn- und Gehaltsklauseln; Lohn- und Gehaltsindex-Klauseln	141
(A) Einschränkende Entwicklung der Genehmigungspraxis der Deutschen Bundesbank	141
(B) „Gemischte Klauseln“ mit zwei Bezugsgrößen	146
(C) Besonderheiten bei Beamtengehaltsklauseln	147
(D) Dynamische Renten	148
(E) Neueinstufung („Durchstufung“) in eine höhere Besoldungsgruppe; Auswirkung von „Strukturänderungen“ auf Beamtengehaltsklauseln	149
(F) Berücksichtigung von Sonderzuwendungen (insbesondere der Weihnachtsszuwendung) in Beamtengehaltsklauseln	154
(G) Berücksichtigung von „Sockelbeträgen“ in Beamtengehaltsklauseln	157
(H) Zusammenfassung (Auswirkungen von „Besoldungsänderungen“ auf lohn- und gehaltsabhängige Klauseln) ..	159
a) Stand der Rechtsprechung	159
b) Vermeidung von Mißverständnissen und Auslegungszweifeln	162
8. Verträge, bei denen der Schuldner wiederkehrende Zahlungen zu erbringen hat	163
9. Grundstückswert-/oder Grundstückspreis-Klauseln	170
10. Abhängigkeit eines DM-Betrages vom Kurs einer fremden oder der Europäischen Währung; Vereinbarung der Gegenleistung in einer fremden oder in der Europäischen Währung (in Devisen oder in ECU)	172
(A) Die Regelung in Nr. 3 Buchst. d der Richtlinien 1978 ..	172
(B) Die Regelung aufgrund des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. 4. 1961	173
(C) Die Änderung von Kursrelationen, insbes. Aufwertung und Abwertung einer Währung	176
a) Abwertung einer ausländischen Währung	176
b) Aufwertung der Deutschen Mark	177

Inhaltsverzeichnis

c) Aufrechnung zweier Fremdwährungsverbindlichkeiten bei einer vorangegangenen Aufwertung (Abwertung)	180
d) Bemerkungen zu den Buchstaben a bis c	181
VI. Entwicklung der Genehmigungspraxis (Allmähliche Lockerung; Einschränkungen durch die Richtlinien 1964/1969; geringfügige Änderungen durch die Richtlinien 1978)	181
VII. Negativatteste der Deutschen Bundesbank (der Landeszentralbanken)	185
VIII. Einzelfragen zur Genehmigungspraxis der Deutschen Bundesbank	186

D. Möglichkeiten einer Wertsicherung

Arten und Formen zulässiger Wertsicherungsklauseln

I. Genehmigungsfreie Wertsicherungsklauseln (Vereinbarungen, die keiner Genehmigung nach § 3 Satz 2 WährG bedürfen)	191
1. Einleitung	191
2. Spannungsklauseln, insbesondere bei Gehalts- und Pensionsvereinbarungen	192
(A) Allgemeines	192
(B) Genehmigungsfreie Spannungsklauseln – genehmigungspflichtige Wertsicherungsklauseln	197
(C) Auslegung des Begriffes „Spannungsklausel“ durch die Deutsche Bundesbank	200
(D) Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (im Vergleich zur früheren, inzwischen aufgegebenen Auffassung der Deutschen Bundesbank)	201
(E) Vereinbarung einer „Mindestklausel“ im Rahmen einer Spannungsklausel	205
3. Bezugnahme auf einen dem betreffenden Schuldverhältnis „eigentümlichen Wertmesser“	207
(A) Abhängigkeit der Zahlungsverpflichtung vom Preis oder Wert gleicher, gleichartiger oder vergleichbarer Sachen, vom Wert der gelieferten Sachen selbst, vom künftigen Wert der eigenen Leistung oder vom künftigen Preis gleicher Güter	207
(B) Von Natur aus sachwertabhängige Leistungsverpflichtungen, insbesondere Leibrenten, Unterhalts- und Altenteilsrenten	210
(C) Zusammenfassung zu den Buchstaben (A) und (B)	215
4. Preisänderungsklauseln, insbes. Kostenelementeklauseln (Kostenelementeklauseln im <i>engeren</i> und im <i>weiteren</i> Sinn)	219

(A) Wirtschaftliche Bedeutung von Preisänderungs- (Kostenelemente-)Klauseln	219
(B) Unterscheidung zwischen Kostenelementeklauseln im „engeren“ und im „weiteren“ Sinn (= zwischen „ech- ten“ und „unechten“ Kostenelementeklauseln)	220
a) <i>Übersicht am Beispiel</i> von Kostenelementeklauseln in Energielieferungsverträgen	220
aa) Kostenelementeklauseln im <i>engeren</i> Sinn („echte“ Kostenelementeklauseln)	220
bb) Kostenelementeklauseln im <i>weiteren</i> Sinn („unechte“ Kostenelementeklauseln = <i>Spannungs-</i> <i>klauseln</i>)	221
b) Ergänzende Wirtschaftlichkeitsklauseln/Vertragsan- passungsklauseln zu Kostenelementeklauseln, häufig in Verbindung mit der Vereinbarung eines „Grenz- wertes“ – insbesondere in <i>Energieversorgungsver-</i> <i>trägen</i>	229
c) Kostenelementeklauseln im „engeren“ und im „weite- ren“ Sinn in <i>anderen als Energieversorgungsverträ-</i> <i>gen</i>	231
(C) Weitere Preisänderungsklauseln (Preisvorbehalte; Bezugnahme auf Listenpreise oder auf Auslandspreise)	235
(D) Die Genehmigungspraxis der Deutschen Bundesbank für Kostenelementeklauseln (insbesondere auf dem <i>Energiesektor</i>)	237
(E) Preisänderungs-/Kostenelementeklauseln ohne Gefähr- dung der Währung	243
(F) Preisänderungsklauseln als genehmigungsfreie Klau- seln: Auslegung des Begriffes der „Gleichartigkeit/Ver- gleichbarkeit“ von Gütern und Leistungen	245
(G) Genehmigungsfreiheit von Kostenelementeklauseln als <i>Spannungsklauseln</i> „im weiteren Sinn“	247
(H) Übersicht über die Rechtsprechung zu Kostenelemente- klauseln	251
a) Rechtsprechung des BGH	251
b) Rechtsprechung der Oberlandesgerichte	256
(I) Zusammenfassung	256
(K) Kostenelementeklauseln in Gestalt von mathematischen Preisgleitklauseln	263
5. Geldwertschulden; Geldsummenschulden im Gegensatz zu Geldwertschulden	264
6. Genehmigungsfreie Leistungsvorbehalte; Neufestsetzung der Geldleistung im Rahmen eines Leistungsvorbehaltes durch Schiedsrichter oder Schiedsgutachter	266

(A)	Begriff und Bedeutung – Zulässigkeit – Zeitpunkt des Wirksamwerdens von Leistungsvorbehalten	266
(B)	Einschaltung von Schiedsgutachtern oder Schiedsrichtern bei Anpassung aufgrund von Leistungsvorbehalten	274
(C)	Vereinbarung eines „Grenzwertes“ im Rahmen eines Leistungsvorbehaltes	285
7.	Leistungsvorbehalte unter Bezugnahme auf die Änderung der „wirtschaftlichen Verhältnisse“, auf die „Veränderung der DM-Kaufkraft“ oder auf die Folgen eines „Währungsverfalls“	286
(A)	Übersicht über die BGH-Rechtsprechung zu Fragen einer „Veränderung der DM-Kaufkraft“	286
a)	Ältere BGH-Urteile zur Veränderung der „wirtschaftlichen Verhältnisse“ und der „DM-Kaufkraft“ .	286
b)	BGH-Urteile aus <i>jüngerer Zeit</i> zur „Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse“ und der „DM-Kaufkraft“ (ab 1979/1980)	289
(B)	BGH-Rechtsprechung zum Ausmaß der Anpassung der Geldschuld aufgrund eines (genehmigungsfreien) Leistungsvorbehaltes bei Kaufkraftänderungen, Währungsverfall und ähnlichen wirtschaftlichen Veränderungen. <i>Umfang der Anpassung</i> einer Geldschuld in Fällen, in denen die <i>Voraussetzungen</i> für ihre Anpassung vorliegen	291
(C)	Zusammenfassung der BGH-Rechtsprechung zu (A) und (B): Anpassung bei (genehmigungsfreien) Leistungsvorbehalten, die Bezug nehmen auf „Kaufkraft-“ und ähnliche „ <i>unbestimmte Klauseln</i> “; Anpassung beim <i>Fehlen</i> einer Klausel	292
8.	Wahlschuldverhältnisse	296
(A)	Echte Wahlschuld	296
(B)	Unechte Wahlschuld – Wahlschuld mit zwei Geldbeträgen in Gestalt einer „Mindestklausel“ – „Verdeckte Mindestklausel“	300
9.	Sachschulden: Vereinbarung einer Gegenleistung in Sachwerten	304
10.	Zu Nrn. 6 bis 9: <i>Verzinsung</i> und <i>dingliche Sicherung</i> von Sachentgelten sowie von Schuldverhältnissen mit einem Leistungsvorbehalt, insbes. Erfordernis der „ <i>Bestimmtheit</i> “ bei Sicherung durch eine Reallast; <i>keine Prozeß- und Verzugszinsen</i> für rückständige Leistungen aus einer Reallast; Zwangsvollstreckung aus Urteilen mit einer Wertsicherungsklausel	310
(A)	Verzinsung	311

(B)	Dingliche Sicherung	311
a)	Eintragung einer Höchstbetragshypothek	311
b)	Vereinbarung eines Nießbrauches	312
c)	Eintragung einer Reallast („unter Beachtung der erforderlichen <i>Bestimmbarkeit des Leistungsumfanges</i> “)	312
d)	Sicherungsübereignung und Eigentumsvorbehalt ...	315
(C)	Keine Prozeßzinsen und keine Verzugszinsen für rückständige Leistungen aus einer Reallast	316
(D)	Zwangsvollstreckung aus Vollstreckungstiteln mit einer Wertsicherungsklausel	316
11.	Umsatzprovision	317
12.	Beteiligungsverhältnisse	319
13.	Wertsicherung von <i>künftig</i> erst entstehenden Ansprüchen (künftige Kaufpreis-, Auseinandersetzungs- und Abfindungsforderungen)	320
II.	Genehmigungspflichtige Wertsicherungsklauseln. Typische Genehmigungsfälle gemäß § 3 Satz 2 WährG	321
1.	Indexbezogene Klauseln bei Renten, die dem <i>Unterhalt</i> und der <i>Versorgung</i> dienen (insbesondere bei Leibrenten)	322
a)	„Unechte“ Unterhalts- oder Versorgungsverträge ...	322
b)	Zeitpunkt des Wirksamwerdens einer Wertsicherungsklausel in Pensions- und sonstigen Versorgungsverträgen	323
2.	Grundstückskaufverträge	325
(A)	Allgemeines	325
(B)	Grundstückskaufverträge; Wertsicherung des Kaufpreises	326
a)	Bezugnahme auf den <i>Wert/Preis</i> von Grundstücken (Verkehrswert) und auf den Grundstücksertragswert	326
b)	Gehalts- und Index-bezogene Wertsicherungsklauseln für Grundstücks-Kaufpreisraten/-renten	327
(C)	Dingliche Sicherung des wertgesicherten Kaufpreises ...	328
a)	Einräumung des Miteigentums an dem hypothekarisch belasteten Grundstück	328
b)	Vereinbarung von Bedingungen oder eines Rücktrittsrechtes	329
c)	Ratenweise Auflassung von Grundstücken	329
3.	Erbbauverträge; Wertsicherung von Erbbauzinsen	330
(A)	Die Wertsicherung des „ <i>dinglichen</i> “ Erbbauzinses	332
(B)	Die Wertsicherung des <i>schuldrechtlichen</i> Erbbauzinses .	334
(C)	Möglichkeiten der Wertsicherung von Erbbauzinsen (Auf Anpassung des dinglichen und/oder des schuldrechtlichen Erbbauzinses gerichtete Anpassungsklauseln)	342

(D)	Einschränkungen bezüglich der Wertsicherung von Erbbauzinsen	346
(E)	Maßgebliche Kriterien für die „Änderung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse“ anhand des § 9a ErbbauVO	354
(F)	Beispiele für die Auswirkung der BGH-Rechtsprechung zur „Änderung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse“ auf die Formulierung von Wertsicherungsklauseln.	360
(G)	Anpassung eines Erbbauzinses trotz <i>Fehlens</i> einer Anpassungsklausel im Erbbaurechtsvertrag (Wegfall der Geschäftsgrundlage; Äquivalenzstörung; Opfergrenze; Erbbauzins mit Versorgungscharakter)	367
(H)	Ergänzende Hinweise der Rechtsprechung, insbesondere des BGH, zur Wertsicherung von Erbbauzinsen und zu einer Ankaufsklausel für das Erbbaugrundstück	373
4.	Kaufpreisrenten	386
(A)	Vermeidung von steuerlichen Nachteilen	386
(B)	Zinsmindernde Wirkung von Indexklauseln	386
5.	Miet- und Pachtverträge	391
(A)	Ausschluß von Wertsicherungsklauseln für <i>Wohnungsmietverträge</i>	392
(B)	Allgemeines	393
(C)	Zusammenfassung	406
(D)	Höchstrichterliche Entscheidungen zu Einzelfragen – Sonderfälle	411
6.	Gesellschaftsvertragliche und erbrechtliche Regelungen (Wertsicherung von Abfindungs- und Auseinandersetzungsforderungen für die Zeit <i>nach</i> ihrer Entstehung)	414
7.	Geldwertschulden; Geldsummenschulden im Gegensatz zu Geldwertschulden	421
III.	Sonderfälle	430
1.	Wertsicherungsmöglichkeiten bei Geschäften des Geld- und Kapitalverkehrs (Darlehen; partiarisches Darlehen; stille Gesellschaft)	430
2.	Wertsicherungsmöglichkeiten auf dem Gebiet des Versicherungsrechtes und auf anderen Rechtsgebieten	433
3.	Wertsicherungsklauseln in letztwilligen Verfügungen	436
(A)	Allgemeines	436
(B)	Regelung für die Zeit <i>bis</i> zum Eintritt des Erbfalles	438
(C)	Regelung für die Zeit <i>nach</i> Eintritt des Erbfalles	439
(D)	<i>Erstmaliges</i> Wirksamwerden einer Wertsicherungsklausel in einer letztwilligen Verfügung	440

(E) Frühzeitige Vorabentscheidung über einen Genehmigungsantrag bereits zu <i>Lebzeiten</i> des Erblassers	441
4. Wertsicherungsklauseln und Lohnausgleich bei verkürzter Arbeitszeit (Wirksamwerden von Wertsicherungsklauseln bei Einführung der 45- bzw. 40- oder 37,5- (35-)Stunden-Woche unter Gewährung des vollen Lohnausgleiches)	442
5. Mindestschwankungsklauseln – Grenzwert (Vereinbarung einer „Mindestschwankungsgrenze“ oder eines „Grenzwertes“ bei index- oder gehaltsbezogenen Spannungs- und sonstigen Wertsicherungsklauseln)	443
(A) Zweck und Zweckmäßigkeit von Mindestschwankungsgrenzen	443
(B) Auslegungsfragen bei Mindestschwankungsklauseln	444
a) <i>Erstmaliges Wirksamwerden</i> von Wertsicherungsklauseln mit einer „Mindestschwankungsgrenze“	444
b) <i>Mehrfach sich wiederholende Anwendung</i> von Klauseln mit einer „Mindestschwankungsgrenze“; <i>Voraussetzungen</i> und <i>Zeitpunkt</i> ihrer erneuten Anwendbarkeit	445
(C) Nichterfordernis einer Mindestgrenze	448
(D) Vereinbarung eines „Grenzwertes“ – Begriff und Auswirkungen	448

**E. Auslegung von Wertsicherungsklauseln
Verwirkung der Rechte aus Wertsicherungsklauseln**

I. Auslegung von Wertsicherungsklauseln	453
1. Allgemeines	453
2. <i>Auslegungs-Beispiele</i> aus Schrifttum und Rechtsprechung in alphabetischer Reihenfolge	455
II. Ergänzende Vertragsauslegung bei <i>unwirksamen</i> (nicht genehmigungsfähigen) Klauseln („ <i>Umdeutung</i> “ einer unwirksamen Klausel in eine Klausel mit <i>genehmigungsfreiem</i> oder <i>genehmigungsfähigem</i> Wortlaut, durch die der Vertragszweck ebenfalls erreicht wird)	463
III. Berücksichtigung des Kaufkraftschwundes in besonderen Fällen: Berechnung des güterrechtlichen „Zugewinnes“; Ausgleichung von erbrechtlichen „Vorempfängen“	464
1. Berechnung des güterrechtlichen Zugewinnes	464
2. Ausgleichung von erbrechtlichen Zuwendungen und Gleichstellungsgeldern; Anrechnung von Vorempfängen	465
IV. Verwirkung von Ansprüchen aus wertgesicherten Forderungen	466

**F. Nachträgliche Änderung von Wertsicherungsklauseln
Anpassung von Verträgen mit und ohne Wertsicherungsklausel**

I. Klauseländerung <i>bis</i> zur rechtskräftigen Versagung der Genehmigung	469
II. Klauseländerung <i>nach</i> rechtskräftiger Versagung der Genehmigung	473
III. Unerwartete Entwicklung der Vergleichsgröße bei <i>wirksamen</i> Klauseln	476
1. Nachträgliche Änderung der Klausel wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage; Äquivalenzstörung	476
2. Ergänzende Vertragsauslegung bei <i>wirksamen</i> (jedoch bedeutungslos gewordenen) Klauseln	482
IV. Nachträgliche Anpassung von <i>langfristigen</i> Vereinbarungen (Dauerverträgen) <i>ohne Wertsicherungsklausel</i> an spätere Kaufkraftänderungen (Opfergrenze; Stillhaltgrenze)	484
1. Voraussetzungen und Umfang einer Anpassung von <i>nicht-wertgesicherten</i> Dauerverträgen wegen „Veränderung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse“	484
2. Anpassung von <i>nicht-wertgesicherten</i> Dauerleistungsverträgen – insbesondere von Pensions- und Erbbauverträgen – mit „ <i>Versorgungs-Charakter</i> “ (Weniger strenge Maßstäbe bezüglich des Wegfalls der Geschäftsgrundlage).	492
3. Anpassung insbesondere eines Erbbauzinses <i>ohne</i> „ <i>Versorgungs-Charakter</i> “ trotz des <i>Fehlens einer Anpassungsklausel</i> im Erbbaurechtsvertrag (Wegfall der Geschäftsgrundlage; Äquivalenzstörung)	496
V. Einzelfragen zur Mitwirkungspflicht bei Klauseländerungen ...	501
VI. <i>Einseitiger</i> Verzicht des Gläubigers auf eine ihn begünstigende Klausel	503
VII. Fürsorgliche Vertragsabreden für den Fall der Nichtigkeit von Wertsicherungsklauseln (<i>Teilnichtigkeit nur der Klausel</i>)	505

G. Steuerliche Fragen im Zusammenhang mit Wertsicherungsklauseln

I. Einkommensteuer	507
1. „Wiederkehrende Bezüge“: Begriff und Inhalt	507
2. Kaufpreisraten	508
(A) Abgrenzung von „wiederkehrenden Bezügen“	508
(B) Steuerrechtliche Behandlung von Kaufpreisraten beim Zahlungsverpflichteten (= <i>Käufer</i>)	509
(C) Steuerrechtliche Behandlung von Kaufpreisraten beim Zahlungsberechtigten (= <i>Verkäufer</i>)	510

3.	Renten	511
	(A) Allgemeines	511
	(B) Charakter und Inhalt der verschiedenen Rentenarten ..	512
	a) Leibrente	512
	b) Dauernde Last	513
	c) Veräußerungsrente	514
	d) Versorgungsrente	515
	e) Unterhaltsrente	515
4.	Einkommensteuerliche Behandlung von <i>wertgesicherten</i> Rentenzahlungen	516
	(A) Vorbemerkungen	516
	(B) Renten und sonstige wiederkehrende Leistungen, die <i>in</i> <i>wirtschaftlichem Zusammenhang</i> mit einer <i>Einkunfts-</i> <i>art</i> des § 2 Abs. 1 Nr. 1–6 EStG stehen.	516
	a) Veräußerungsrenten	516
	aa) <i>Betriebliche</i> Veräußerungsrenten	517
	(1) Steuerrechtliche Behandlung beim Erwerber (= <i>Käufer</i>)	517
	(a) <i>Betriebliche</i> Veräußerungsrenten	517
	(b) <i>Wertsicherungsbedingte</i> Erhöhungen	517
	(c) Einzelfragen	518
	(2) Steuerrechtliche Behandlung beim Veräuße- rer (= <i>Verkäufer</i>)	519
	(a) <i>Betriebliche</i> Veräußerungsrenten	519
	(b) <i>Wertsicherungsbedingte</i> Erhöhungen	520
	bb) <i>Außerbetriebliche</i> (private) Veräußerungsrenten ..	521
	(1) Steuerrechtliche Behandlung beim Erwerber (= <i>Käufer</i>)	521
	(a) <i>Außerbetriebliche</i> Veräußerungsrenten ..	521
	(b) <i>Wertsicherungsbedingte</i> Erhöhungen	522
	(2) Steuerrechtliche Behandlung beim Veräuße- rer (= <i>Verkäufer</i>)	522
	(a) <i>Außerbetriebliche</i> Veräußerungsrenten ..	523
	(b) <i>Wertsicherungsbedingte</i> Erhöhungen	523
	b) Versorgungsrenten	523
	aa) Steuerrechtliche Behandlung der Versorgungsren- ten beim Erwerber (= <i>Käufer</i>)	523
	(1) <i>Betriebliche</i> Versorgungsrenten	523
	(2) Betriebliche und außerbetriebliche Versor- gungsrenten an <i>gesetzlich Unterhaltsberech-</i> <i>tigte</i>	524
	bb) Steuerrechtliche Behandlung der Versorgungsren- ten beim Veräußerer (= <i>Verkäufer</i>)	524
	(1) <i>Betriebliche</i> Versorgungsrenten	524

(2) <i>Außerbetriebliche</i> Versorgungsrenten	524
(C) Renten und sonstige <i>wiederkehrende</i> Leistungen, die <i>nicht in wirtschaftlichem Zusammenhang</i> mit einer <i>Einkunftsart</i> des § 2 Abs. 1 Nr. 1–6 EStG stehen	524
a) Steuerrechtliche Behandlung beim Zahlungsberechtigten (= <i>Rentenempfänger</i>)	525
aa) Renten	525
bb) Sonstige <i>wiederkehrende</i> Leistungen	525
b) Steuerrechtliche Behandlung beim Zahlungsverpflichteten (= <i>Rentenschuldner</i>)	526
aa) Renten	526
bb) Sonstige <i>wiederkehrende</i> Leistungen	526
cc) Erhalt einer <i>Gegenleistung</i>	526
5. Einkommensteuerliche Behandlung von <i>wertgesicherten</i> „sonstigen wiederkehrenden Bezügen“ (außer Renten)	526
a) Laufende Gehalts-, Lohn- und Pensionszahlungen ..	526
b) Besonderheiten bei wertgesicherten Pensionsbezügen von <i>beherrschenden</i> Gesellschafter-Geschäftsführern (vorverdeckte Gewinnausschüttungen)	527
6. Einfluß des § 12 Nr. 2 EStG auf die Besteuerung von (wert- gesicherten) wiederkehrenden Bezügen, insbesondere von Renten. Freiwillige Zuwendungen an gesetzlich unterhalts- berechtigte Personen	529
7. Einkommensteuerliche Auswirkungen von Wertsicherungs- klauseln bei Erbbauzinsen	531
II. Körperschaftsteuer	532
III. Vermögensteuer	532
IV. Gewerbesteuer	533
V. Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer	533
VI. Grunderwerbsteuer	536
VII. Erbschaftsteuer/Schenkungssteuer	538

H. Verfahrensrechtliche Fragen

Zuständigkeit für Anträge auf Genehmigung einer Klausel; Genehmigungsbefähigung – Genehmigungsfähigkeit; Rechtsmittel gegen die Versagung einer Genehmigung; § 3 WährG = Verbot mit Erlaubnisvorbehalt; Nachträgliche Genehmigung/schwebende Unwirksamkeit/Nichtigkeit einer Klausel; Folgen eines Verstoßes gegen § 3 WährG; Klage auf Zahlung einer wertgesicherten Forderung; Bindung der Gerichte an Bescheide der Deutschen Bundesbank

I. Zuständigkeit; Antragstellung; Genehmigungsbefähigung – Genehmigungsfähigkeit	541
---	-----

II. Rechtsnatur des § 3 WährG („Verbot mit Erlaubnisvorbehalt“) Nachträgliche Genehmigung von Klauseln aufgrund <i>älterer</i> Richtlinien; Schwebende Unwirksamkeit bzw. Nichtigkeit der Klausel als Folge eines Verstoßes gegen § 3 WährG; Formlose Zwischenbescheide der Landeszentralbanken; Negativatteste	542
III. Klage auf Zahlung einer wertgesicherten Forderung (z. B. eines wertgesicherten Rentenanspruchs unter Einbeziehung der künftigen – klauselabhängigen – Änderungen der wertgesicherten Forderung)	546
IV. Bindung der Gerichte an Bescheide der Deutschen Bundesbank .	547
V. Teilnichtigkeit der Klausel oder Nichtigkeit des ganzen Vertrages bei einem Verstoß gegen § 3 WährG	549
VI. Vermeidung von fehlerhaften Klauseln; Sorgfaltspflichten der Notare bei der Beurkundung von Wertsicherungsklauseln	554
VII. Rechtsmittel gegen die Versagung einer Genehmigung	557

J. Zusammenfassung und Beispiele

Vorbemerkungen für alle Klauseln	559
I. <i>Genehmigungsfreie</i> Wertsicherungsklauseln	561
1. Vereinbarung einer Spannungsklausel; insbesondere: Abhängigkeit einer Gehalts-, Pensions-, Renten- und Unter- haltszahlung von einem Beamten- oder Tarifgehalt	561
a) <i>Gehalts-</i> oder <i>Lohn-</i> abhängige Gehälter/Pensio- nen/Witwengelder <i>ohne</i> Hinzufügung einer <i>Mindestschwankungsklausel</i>	563
b) <i>Gehalts-</i> oder <i>Lohn-</i> abhängige Gehälter/Pensio- nen/Witwengelder <i>mit</i> Hinzufügung einer <i>Mindestschwankungsklausel</i>	566
c) <i>Zusatzklausel</i> – bei der Vereinbarung eines <i>Beam-</i> <i>tengehaltes</i> als Vergleichsgröße	566
d) <i>Zusatzklausel</i> – bei der Vereinbarung eines <i>Tarif-</i> <i>lohnes</i> als Vergleichsgröße	567
2. Bezugnahme auf einen dem betreffenden Schuldverhältnis „eigentümlichen Wertmesser“	567
(A) Bezugnahme auf den (künftigen) Preis <i>gleicher</i> oder <i>gleichartiger</i> Waren sowie auf den Preis (gerade) der <i>gelieferten</i> Sache oder auf den künftigen Wert der <i>eige-</i> <i>nen</i> Leistung	567
(B) Sachwertabhängige Zahlungsverpflichtungen	568
a) Gutsübergabevertrag zwischen Vater und Sohn	568

b) Unterhaltsvereinbarung zwischen Mutter und Sohn .	569
(C) Unterhaltsrente mit Sicherung durch eine Spannungs- oder Indexklausel	569
a) Lebenshaltungskostenindex als Vergleichsgröße	570
b) Gehaltsbezüge als Vergleichsgröße	571
c) Ergänzung bei einer Bezugnahme auf Beamtenge- hälter oder auf einen Tariflohn	571
d) Bezugnahme auf die Entwicklung der Sozialversi- cherungsrenten aufgrund des jeweiligen Renten- anpassungsgesetzes	572
3. Vereinbarung von Preisänderungsklauseln (Preisvorbehal- ten) und von Kostenelementeklauseln	573
4. Vereinbarung einer Geldwertschuld	576
5. Vereinbarung eines Leistungsvorbehaltes	577
a) Unterhaltsrente mit Leistungsvorbehalt	578
b) Verkauf eines Hausgrundstücks mit Entrichtung des Kaufpreises in 10 Jahresraten	579
c) Bestimmung des Kaufpreises durch einen Schieds- gutachter	580
d) Neufestsetzung eines (gewerblichen) Miet- oder eines Pachtzinses sowie eines Erbbauzinses aufgrund eines Leistungsvorbehaltes	580
6. Vereinbarung einer Wahlschuld gemäß §§ 262 ff. des Bür- gerlichen Gesetzbuches	589
7. Vereinbarung einer Gegenleistung in Sachwerten	590
8. Vereinbarung einer Umsatzprovision	592
9. Vereinbarung eines (genehmigungsfreien) Beteiligungsver- hältnisses	592
10. Wertsicherung eines partiarischen Darlehens oder der Ein- lage eines stillen Gesellschafters	594
11. Einräumung eines Miteigentumsanteils an einem Grund- stück als Wertsicherung für ein hypothekarisch gesichertes Darlehen	595
12. Vereinbarung von aufschiebenden oder auflösenden Bedin- gungen oder eines Rücktrittsrechtes	596
13. Ratenweise Auflassung von Grundstücken	597
14. „Aktienähnliche“ Ausgestaltung von Schuldverschreibungen	597
15. Wertsicherung von <i>künftig erst entstehenden</i> Ansprüchen (Künftige Kaufpreis-, Auseinandersetzungs- und Abfin- dungsforderungen)	598
16. Festlegung von Wertsicherungsklauseln in letztwilligen Verfügungen	598
II. <i>Genehmigungsbedürftige</i> Wertsicherungsklauseln nach § 3 Satz 2 WährG	599

1.	Indexbezogene Unterhalts-, insbesondere Leibrenten	602
2.	Wertsicherung von Kaufpreisen und -renten, insbesondere bei einem Grundstückskaufpreis; Koppelung von Kaufpreisen und -renten mit dem Lebenshaltungskostenindex, in Ausnahmefällen auch mit einem Beamten- oder Tarifgehalt .	603
	(A) Lebenshaltungskostenindex als Vergleichsgröße in einfach gelagerten Fällen	603
	(B) Lebenshaltungskostenindex als Vergleichsgröße bei <i>regelmäßig</i> oder <i>unregelmäßig</i> wiederkehrenden Kaufpreisen oder -raten, die für die Dauer von mindestens 10 Jahren zu entrichten sind, und zwar in einzelnen – in der <i>Höhe stark unterschiedlichen</i> – <i>Jahresraten</i>	604
	(C) Bierpreis als Vergleichsgröße beim Verkauf einer Gastwirtschaft auf Raten- oder Rentenbasis	605
	(D) Sicherung des jeweiligen Kaufpreisrestes (z. B. bei Veräußerung einer Ziegelei oder einer Getreide-Großhandelsfirma) unter Vereinbarung langfristiger Raten-/Rentenzahlungen	605
	(E) Bezugnahme auf die für den veräußerten Gewerbebetrieb <i>typischen</i> Tarifgehälter und -löhne.	606
	a) Gehaltsbezogene Klausel	606
	b) Lohnbezogene Klausel	606
	c) Ergänzende Zusätze	606
	(F) Überlassung eines Handwerksbetriebes	607
	(G) Gehalts- und Lohnbezüge als Vergleichsgröße	607
	a) Bezugnahme auf ein <i>Beamtengehalt</i>	607
	b) Bezugnahme auf einen <i>Tariflohn</i>	608
	(H) Bezugnahme auf eine sonstige Vergleichsgröße, z. B. auf die Listenpreise der Käuferin	608
3.	Wertsicherung von Erbbauzinsen	609
4.	Wertsicherung von Miet- und Pachtzinsen	616
	(A) Einfache, kurze Klauseln für allgemein-übliche Miet- und Pachtverträge (ausgenommen <i>Wohnraum-Mietverträge</i>)	616
	(B) Pachtweise Überlassung eines Betriebes (z. B. eines Mineralwasser-Gewinnungsbetriebes)	618
	(C) Miete eines Tankstellen-Grundstückes (Wertsicherungsklausel für den Mietzins eines Grundstücks, auf dem eine Tankstelle betrieben werden soll)	618
	a) Gehaltsabhängige Klausel	618
	b) Indexabhängige Klausel	619
	(D) Miete oder Vermietung einer Gastwirtschaft durch eine Brauerei	619

a)	Wertsicherung des Mietzinses	619
b)	Zusatzvergütung für den Vermieter (aufgrund des Bierumsatzes)	619
(E)	Sicherung eines Pachtzinses mit Unterhalts-Charakter (in einem Pachtvertrag für die <i>Lebensdauer</i> des Verpächters)	620
(F)	Sicherung eines Miet- und Pachtzinses ausnahmsweise durch eine „ <i>doppelt-abhängige</i> “ Wertsicherungsklausel.	620
a)	<i>Gehaltsklausel</i> gekoppelt mit einer <i>Indexklausel</i>	621
b)	<i>Umsatzklausel</i> (mit <i>Mindestbetrag</i>) gekoppelt mit einer <i>Gehalts- und Indexklausel</i>	621
c)	<i>Umsatzklausel</i> (mit <i>Mindestbetrag</i>) in einem Mietvertrag mit mindestens 10jähriger Laufzeit gekoppelt mit einer <i>Lebenshaltungskostenindex-Klausel</i>	622
5.	Sicherung eines (bereits entstandenen) Auseinandersetzungs-guthabens sowie der Einlage eines stillen Gesellschafters ...	623
(A)	Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, Erbengemein-schaft	623
(B)	Stille Beteiligung, stille Einlage	623
6.	Wertsicherung von Darlehenszinsen	625
7.	Wertsicherungsklauseln in letztwilligen Verfügungen und für Forderungen aus einer Nachlaßauseinandersetzung.	626
8.	Vereinbarung von Geldwertschulden	628
9.	Fürsorgliche Ergänzungsbestimmung (für den Fall der Nichtgenehmigung einer Klausel durch die zuständige Lan-deszentralbank)	629
K. Schlußbemerkungen		631

Anhang

I.	Neueste Fassung (1978) der Genehmigungs-Richtlinien der Deut-schen Bundesbank vom 9. 6. 1978	635
Ia	Genehmigungs-Richtlinien der Deutschen Bundesbank für die Eingehung von ECU-Verbindlichkeiten vom 16. 6. 1987	639
II.	Fassung (1964/1969) der Genehmigungs-Richtlinien der Deut-schen Bundesbank vom 26. 8. 1964/9. 9. 1969	641
III.	Erste (älteste) Fassung (1958) der Genehmigungs-Richtlinien der Deutschen Bundesbank vom 12. 12. 1958	644
IV.	Auszugsweise Übersicht über die Grundgehaltssätze der Besol-dungsgruppen A, B und R für die Beamten des Bundes und der Länder und über den Ortszuschlag	647

1. Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppe A	648
2. Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppe B	649
3. Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppe R	650
4. Ortszuschlag	651
V. Entscheidungsübersicht	652
VI. Preisindex für die Lebenshaltung in den fünf neuen Bundesländern	667

Nachtrag

Voraussetzungen und Folgen einer „nachhaltigen Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse“ für wertgesicherte und nicht-wertgesicherte Erbbauzinsen (zum BGH-Urteil vom 24. 4. 1992, BB 1992 S. 1238 ff.) .	669
1. Unzumutbare Äquivalenzstörung	669
2. Erbbauverträge <i>mit</i> Wertsicherungsklausel	670
3. Erbbauverträge <i>ohne</i> Wertsicherungsklausel	670
4. Zeitraum der vereinbarten Anpassungsvoraussetzung	671
5. <i>Umfang</i> der Anpassung	671
6. <i>Klagantrag</i> „auf Zustimmung zu einer Erhöhung des Erbbauzinses“	672
7. Offenkundigkeit des veröffentlichten amtlichen Indexstandes der Lebenshaltungskosten	672
Sachregister	673